

## **PROKLA-Redaktion** **(Elmar Altvater, Heiner Ganßmann, Michael Heinrich,** **Kurt Hübner, Birgit Mahnkopf)** **Intellektuelle Kritik in der gesellschaftlichen Krise**

In der Einleitung zu einem PROKLA-Heft über die »Intellektuellen«, das zu Beginn des Jahres 1988 erscheint, ist die Erinnerung an historische Daten wie 1898, 1848, 1918 und 1968 keine bloß rechnerische Spielerei. »Jahrestage« sind Anlaß, um sich den notwendigen Luxus von Reflexionen zu leisten, mit denen »wir Intellektuelle« uns selbst auf die Schliche kommen können. Nicht irgendwelcher Jubiläen soll hier gedacht werden; es geht um historische Zäsuren, die eine besondere Bedeutung von individueller Intellektualität, sozialer Rationalität, kultureller Neuerung und ästhetischer Formveränderung für die gesellschaftliche Gestaltung blitzartig im Dämmerlicht historischer Abläufe aufscheinen lassen.

Die vor uns liegenden Jahrestage werden wir verbringen in einer gewendeten bundesrepublikanischen Gesellschaft; von keineswegs unbedeutenden und unbedarften Kreisen und Kräften wird das letzte Stündlein der Aufklärung einzuläuten versucht: von konservativen Geschichtsschreibern im »Historikerstreit«, deren Interpretationsfolie die rationale Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen beenden müßte, den postmodernen Mythologen der Rechten und Linken, deren Vernunft sich mit der effektvollen Präsentation ästhetischer Spektakel begnügt, von den immer geschäftigen Sachwaltern herrschender Interessen, die es erschweren, daß theoretische Kritik sich artikulieren oder gar praktisch werden kann – von den antiaufklärerischen Manifestationen der banalen Kulturindustrie ganz zu schweigen, die sich mit Hilfe der neuen Medien breitmäulig an die Stelle von Massenkultur und Hochkultur setzen, und nicht zu reden von den Restaurationsbestrebungen an den Universitäten, wo wissenschaftliche Erkenntnis in effiziente Beratung, in Orientierung an vorgegebenen technischen Sachzwängen und technische Modernisierungshilfe deformiert und das Personal in diesem Prozeß korrumpiert werden sollen.

### **I. 1898**

Der Begriff des »Intellektuellen« ist erst jungen Datums und bis heute keineswegs unumstritten. Er ist für die einen lediglich Bezeichnung für die mit dem »wissenschaftlich-technischen Fortschritt« wachsende Berufsgruppe der geistigen Arbeiter, der »neuen Mittelklasse« – als neue Klasse ist sie in Osteuropa eingeordnet worden (vgl. dazu den selbstkritischen Beitrag von Szelényi (1988) in diesem PROKLA-Heft) – und er verliert daher mit der Breite dieser Schicht immer mehr seine Trenn-

schärfe. Von anderen wird der Begriff denjenigen vorbehalten, die beanspruchen, mit ihrer Arbeit aufs Ganze der Gesellschaft zu zielen, Sinn-Orientierungen zu erarbeiten und kulturell in die Gesellschaft zu vermitteln. »Rechts-Intellektuelle« sind ebenso Zellen dieses »gesellschaftlichen Gehirns« wie »Links-Intellektuelle«. Dann aber kann der Begriff auch noch und nur denjenigen vorbehalten werden, die für »verletzte Rechte und unterdrückte Wahrheiten, für fällige Neuerungen und verzögerte Fortschritte« sich einsetzen und dabei an eine »resonanzfähige, wache und informierte Öffentlichkeit« sich wenden (Habermas 1987, S. 29), sich in der »modernen arbeitsteiligen Gesellschaft« für die Verwirklichung des universellen Projekts der Aufklärung im Negativen (also in radikaler und schonungsloser Analyse des Bestehenden) ebenso wie im Positiven (also in der »Arbeit« am gesellschaftlichen Fortschritt) zuständig erklären. Dabei ist es unbedeutend, ob es sich um Kulturschaffende, Hochschulprofessoren, Zeitungsmacher oder Produktionsarbeiter handelt.

Das Wort »Intellektueller«, das könnte heute leicht vergessen werden, war ursprünglich, als es gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts im Frankreich der Dreyfus-Affäre in die öffentliche Debatte geriet, als abschätziges Schimpfwort gemeint. Und damit hätten wir auch schon den ersten Jahrestag: Vor genau 90 Jahren, am 13. Januar 1898, erschien Emile Zolas »J'accuse« gegen nationalistische und antisemitische Dumpf- und Dummheit, gegen den reaktionären Patriotismus, dem die *Wahrheit* der »Affäre Dreyfus«, die *Aufklärung* der chauvinistischen und antisemitischen Machenschaften des französischen Generalstabs und einer militaristisch-patriotischen Bewegung weniger als nichts, die Aufrechterhaltung der Lüge, auf der die Herrschaft gebaut war, aber alles bedeutete. Ein Intellektueller mischte sich mit der »Waffe der Kritik« in den einverständlich mit schändlichen Mitteln betriebenen Prozeß der Vernichtung des Hauptmanns Dreyfus, durch die nicht nur der Mensch getroffen sondern der nationale Konsens nach rechts in nationalistisches und antisemitisches Gesumpf umdefiniert werden sollte. Ein antiaufklärerisches Unterfangen, eine Beleidigung der Vernunft, eine Gefahr für Freiheit und Emanzipation, ein Attentat auf die Menschenrechte, ein Fall für intellektuelle Gegenwehr, für »den Protest der Intellektuellen! ...« (Clemenceau, nach Bering 1982, S. 39). Die Bezeichnung »Intellektuelle« wurde seither zum Etikett für alle diejenigen, die diesen Konsens hinterfragen, die daher unbequem sind und – wenn schon nicht aufrührerisch, so doch aufstörend wirken mit ihrer eingreifenden Kritik. Das Wort »Intellektuelle« wurde zum Synonym für den antipatriotischen, abstrakt denkenden, »instinktlosen«, antinationalen, jüdischen, dekadenten, inkompetenten »Vaterlandsverräter« (nach Bering 1982, S. 43 ff.), für antiautoritäre Aufwiegelei. Und es hat gedauert, bis das Wort positiv besetzt und mit den Attributen »demokratisch«, dem Gewissen verpflichtet, politisiert, wissenschaftlich, jugendlich (ebenfalls nach Bering 1982, S. 52 ff.) in Verbindung gebracht worden ist.

Es mag eine Anmerkung wert sein, daß die Bezeichnung »Vietcong« rund 60 Jahre später eine ähnliche semantische Metamorphose erfuhr: ein Schmähwort, von der US-gestützten Reaktion gegen den sozialen und politischen Gegner erfunden, wurde

zur Ehrenbezeichnung, weil diejenigen, auf die das Wort negativ stigmatisierend gemünzt war, der Welt durch ihre Taten Hochachtung und nicht Verachtung abtrotzten. Eine Hochachtung, die die (links)intellektuelle Leitfigur der europäischen Nachkriegsära, Jean-Paul Sartre, mit der weltweiten Studenten- und Intellektuellenbewegung von Berkeley bis Berlin in den 60er Jahren teilte und die für eine ganze Generation von Intellektuellen zumindest zeitweise den Abbruch des Dialoges mit dem Bürgertum, dem sie (größtenteils) entstammten, beinhaltete.

## II. 1789

Seit der französischen Revolution werden im kommenden Jahr 1989 zweihundert Jahre verfließen sein. Freiheit, Gleichheit, Solidarität (so haben wir inzwischen gelernt, die die Schwestern ausgrenzende Parole der »Brüderlichkeit« zu übersetzen) sind ein historisches Projekt, um das zu kämpfen immer noch nötig ist – wenn auch, so scheint es gegenwärtig vielen, nicht in einem reichen und demokratischen Land wie der BRD. Doch dieser Schein ist nichts als eine Provinzialisierung des Projekts der Aufklärung. Der aufklärerische *Anspruch* der französischen Revolution war ebenso universalistisch wie das Programm der russischen Revolution, die sich mit der Globalisierung zur Weltrevolution ihrer nationalstaatlich-russischen Begrenztheit entheben wollte. Daß beider *Realität* zeitweise in den Terror mündete und beide Revolutionen ihren Thermidor wenn nicht gar selbst heraufbeschworen so jedenfalls nicht zu verhindern wußten, galt der Gegen-Aufklärung als Rechtfertigung für die Denunziation des rationalistischen Erbes als ganzem. Doch auf zwei der drei Begriffe können sich heute alle beziehen, von rechts bis links, von ultramontan bis progressiv – und ihnen einen jeweils spezifischen Sinn abgewinnen: der Freiheit und der »Brüderlichkeit« bzw. Solidarität. Der Gleichheit hingegen stehen die Konservativen aller Schattierungen wie eh und je skeptisch bis feindlich gegenüber.

Und dennoch kann die Gegenreform oder Konterrevolution hinter die Errungenschaft der französischen Revolution nicht zurück; nur als mythisiertes Projekt lassen sich die verlorengegangenen Bindungen der Prä-Moderne postmodern konzipieren. Die Dialektik der Aufklärung steigert sich zu Paradoxien, die gerade in den heutigen Zeiten der Verunsicherung und »Unübersichtlichkeit« intellektuell zuweilen abstrus verarbeitet werden: weil die Normen von Freiheit und Solidarität, losgelöst von ihren sozialen und historischen Bestimmungen, weitgehend unstrittig sind, können sie als Schachteln auch für die ältesten Hüte verwendet werden. Um daher eine regressive Verwendung/Wendung der inhaltlichen Bestimmung der Normen auszuschließen, muß das Programm der Menschen- und Menschheitsemanzipation, das sie aufrufen, auch weiterhin und in jeder historischen Situation politisch neu erarbeitet werden.

Zumal wenn es nicht nur um die Begriffe geht, sondern um die gesellschaftliche Realisierung des ihnen zugeordneten Programms kommen die immanenten Wider-

sprüche zu Tage. Ökonomische Freiheiten vertragen sich nicht unbedingt, sondern nur unter seltenen historischen Bedingungen, mit dem Anspruch der Solidarität. Die Gleichheitsforderung wird in einer Klassengesellschaft notgedrungen unrealisierbar bleiben, selbst wenn sich der gesellschaftliche Gegensatz bis auf die »feinen Unterschiede« (Bourdieu 1982) abschleifen sollte. Bricht man aber aus der nationalen Perspektive aus und denkt global, dann weiten sich die feinen Unterschiede zu beträchtlichen Abgründen zwischen reichen Ländern und armen Ländern, zwischen Nord und Süd, zwischen den Miserablen südamerikanischer Favelas und den Villenvierteln von Los Angeles, Hamburg oder Dahlem. Bemißt sich gesellschaftlicher Fortschritt nicht nur an dem Pro-Kopf-Einkommen oder ähnlichen Indikatoren, sondern an den drei großen Parolen der Aufklärung und ihrem Versprechen, dann ist in den vergangenen zweihundert Jahren paradoxerweise viel, aber auch sehr wenig erreicht worden.

Insbesondere sind es die Antinomien, die dieses Projekt in Bewegung halten. Darauf hat schon Marx in der »Judenfrage« scharfsinnig und bissig hingewiesen: Menschenrechte und Eigentumsrechte kann man nicht zugleich deklarieren, ohne die einen durch die anderen zu unterminieren. Privates Eigentum, zumal Eigentum an Produktionsmitteln, begründet ein Ausschlußrecht, und Aneignung ist immer noch Aneignung der Resultate der Arbeit anderer und daher auch ihr zumindest teilweiser Ausschluß von den Gratifikationen der gesellschaftlichen Produktion. Die historisch und national spezifische ökonomische und politische »Exclusion« breiter Massen der Bevölkerung in Entwicklungsländern ist Ausdruck dieses grundlegenden Sachverhalts bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften ebenso wie die Tendenzen zur »Zwei-Drittel-Gesellschaft« in den hochentwickelten kapitalistischen Demokratien. Die Abstraktheit der Rechte mag dazu verleiten, ihre je historische Realität aus dem Gesichtsfeld zu verlieren. Eigentum macht ja nur Sinn, sofern und solange es Aneignung und Mehrung ermöglicht; es ist ein Recht, das sich nur in der Kontinuität des ökonomischen Prozesses realisiert. Dessen doppelte Zielrichtung: Appropriation und Akkumulation einerseits und Emanzipation und Wohlstand andererseits sind nur in seltenen Phasen des historischen Prozesses kongruent, häufiger hingegen konfliktieren sie. Auf den »Triumphwagen der objektiven Tendenzen« (Adorno 1985) also kann man sich nicht setzen; die Rationalität des Projekts der Aufklärung realisiert sich nicht von allein. Den Zielen von Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität kann man nur praktisch folgen und dies rational auf dem Niveau der Zeit – was wohl Utopien einschließt, doch nicht voluntaristischen Idealismus. Das Niveau der Zeit aber bestimmt die Menschenrechte als absolute Imperative, die sich nicht irgendwelchen lokalen Kriterien, die sie je nach Region relativieren, unterwerfen dürfen.

Im Verlauf der großen Revolutionen, auch wenn sie wie 1848 scheitern, wurde dies allemal offensichtlich: als die soziale Ordnung zum Hindernis für die Erhaltung und für den Ausbau der Menschenrechte geworden war und Emanzipationsbedürfnisse von individuellen Menschen sich zu historisch-konkreten Programmen und praktischen Versuchen der radikalen Veränderung bündelten. Die Restauration der alten

Herrschaft nach den gescheiterten Revolutionen wie 1848 und 1918 in Deutschland oder 1871 in Paris tötet terroristisch ab, mußte mit den sozialen Kräften der Emanzipation auch das emanzipatorische Denken stillstellen. Eine Garantie dafür, daß dies nicht geschieht, ist freilich auch die Errichtung einer neuen Herrschaft wie in Frankreich nach 1789 und in Rußland nach 1917 nicht. Die Dialektik der Aufklärung ist nicht stillzustellen, und deren Logik erkennend konzipierte Trotzki vorausschauend die »permanente Revolution«. Nur, um sie zu »machen«, bedarf es nicht nur des »Laboratoriums« der vielen revolutionären Köpfe sondern der *Macht*. Die Geschichte der Aufklärung und der Emanzipation ist noch nicht einmal zur Hälfte Geistesgeschichte, sondern eine von Macht und mehr noch: von Ohnmacht.

### III. 1968

Auch 1968 – ein Datum, dessen wir uns ohne nostalgisch feuchte Augen erinnern, und das für etwa ein Jahrzehnt von Studentenrevolte und Intellektuellenbewegung steht – schien wieder einmal ein historischer Schub von Emanzipation der Individuen und von Rationalisierung der Gesellschaft in die Richtung menschheitlichen Fortschritts möglich zu sein. Viele der Probleme, mit denen wir uns heute herum-schlagen, waren 1968 wie von Zauberhand weggewischt, die »Utopie war an der Macht«; sie schien wegen der »Legitimationskrise« des kapitalistischen Systems weltweit quasi »auf der Straße« zu liegen. In diesem scheinrevolutionären Selbstverständnis läßt sich – im nachhinein natürlich leichtens – eine arrogant-blinde Vorstellung von Gesellschaft aufdecken. Sie verleitete zu Machtphantasien ebenso wie zu wildem Denken, das sich weder an Regeln des überlieferten wissenschaftlichen Diskurses noch an die Beschränkungen des Realitätsprinzips gebunden fühlen muß. Viele Schriften aus der Zeit von 1968 sind auf der einen Seite begeistert wegen ihrer ausschweifenden Regel- und Zügellosigkeit, wegen ihrer alle anderen Bindungen negierenden Gebundenheit an die eine große Idee: die Emanzipation der Menschen, die Befreiung der Völker von Ausbeutung und Unterdrückung, die soziale und die kulturelle Revolution, die radikale Verkürzung der Arbeitszeit und die Ausweitung von verfügbarer Zeit, die egalitäre Mobilisierung der reichen Produktivkräfte für alle Menschen. Der Wirklichkeit wurde der Spiegel der in ihr angelegten Möglichkeiten entgegengehalten, – und wie häßlich sah die Königin aus und wie schön konnte man sich Schneewittchen jenseits der sieben Berge ausmalen. Angesichts der subjektiven Bedürfnisse und objektiv gegebenen Möglichkeiten, sie zu befriedigen, erschien das »Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft« als *quantité négligeable*. Der Rekurs auf die aus seinem Innern regenerierte ökonomische, politische und ideologische Macht konnte die politische Radikalität theoretischer Diskurse und praktischer Versuche der Umgestaltung nicht auf den Teppich zerren. Bewirkt hat dieser Diskurs als solcher jedoch wenig, außer daß er einer sozialen Bewegung fast ein Jahrzehnt die Perspektive vorgab und mit seiner aus der Utopie be-

zogenen Kraft die faden Rechtfertigungen des Bestehenden entweder blamierte oder die intellektuellen »Wachhunde« (Nizan 1969) der bürgerlichen Kultur zur erneuten Verteidigung des herrschenden praktischen Wissens und der kapitalistischen Marktwirtschaft anspornte. Immerhin wurde selbst das gar nicht so ernst gemeinte ernstgenommen. Und dies hatte denn doch Effekte in der »geschlossenen Gesellschaft« der Bundesrepublik; Werte wurden umgewertet, Autoritäten antiautoritär ihrer Selbstverständlichkeit entkleidet, scheinbar hehre Formen von Politik deformalisiert und das Projekt der Aufklärung, dadurch daß es erneut und gegen den Strich der herrschenden Moral und des dominanten Zeitgeistes ernstgenommen wurde, ein gutes Stück vorwärtsgedacht und -gebracht. Auch in der Übertreibung steckt ein Körnchen Wahrheit: Helmut Schelskys Intellektuellenschelte (1975) setzte die dezidiert anti-bürgerlichen 68er-Rebellen den »Priestern« gleich, die die anderen für sich arbeiten lassen und Kurt Sontheimer (1976) beklagte betulich die seines Erachtens destruktiven Konsequenzen des Radikalismus von Denken und Tun der linken Intellektuellen für die westdeutsche Gesellschaft. Aus dieser *Wirkung*, die ja die These von der Wirkungslosigkeit der 68-Bewegung implizit kritisiert, freilich den Schluß zu ziehen, daß die »Bewegung von 68 an die Macht gekommen (sei)« (Schmid 1979, S. 197), zeugt nur von intellektueller Paralaxenverschiebung. Darin, daß die Studentenbewegung die Epigonen der deutschen »Mandarine« (Ringer 1983) auf den Plan gerufen hat, erschöpfte sich ihre Wirkung bei weitem nicht.

Die praktische Erfahrung des Scheiterns kurzfristiger und kurzschlüssiger Voluntarismen der Agitation des Proletariats und der Herausforderung der Staatsgewalt wurde selbst zur Provokation für intellektuelle Arbeit und politische Projekte. Deren Geschichte wäre noch aufzuarbeiten, z.B. die des damals von den radikalen »Parteiaufbauern« geringschätzig als »Intellektuellenorganisation« abgetanen »Sozialistischen Büros«. Doch wollen wir davon nicht reden, sondern von den theoretischen Versuchen in jener Epoche. Der ganzen Bewegung sollte und mußte eine bessere Begründung nachgeliefert werden. Immerhin dämmerte es schnell und wurde bald zur Gewißheit, daß die Revolution zwar das einfach zu Imaginierende, aber das nur anstrengend zu Denkende und überaus schwer zu Machende ist und daher gründlicherer intellektueller Reflexionen bedarf. Das war die Stunde der »Kritik der politischen Ökonomie«. Man begann sich daran zu erinnern, daß Karl Marx' »Philosophie der Praxis«, wie Antonio Gramsci die Marxsche Theorie insgesamt bezeichnete, zu einem gut Teil aus Analysen der *bestehenden* Verhältnisse konstruiert worden war und der utopische Entwurf verlorengeht, wenn er nicht wissenschaftlich aus der Analyse der je historischen gesellschaftlichen Funktionsmodi begründet werden kann. Zwischen dem »Kommunistischen Manifest« und dem »Kapital«, also zwischen dem emphatischen politischen Manifest und der nüchternen Analyse der Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft, lagen nicht nur etwa 20 schlichte Jahre, sondern die »Esoterik« gründlicher und zeitraubender Lektüre, der mühseligen Erstellung von Exzerpten, der Formulierung der Kritik auf den harten Holzstühlen des Britischen Museums. Und diese Anstrengung der 50er und 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts

wurde zum Vorbild für die Herangehensweise einer bedeutenden Gruppe innerhalb der Studentenbewegung knapp 100 Jahre später.

Der »wissenschaftliche Sozialismus«, der heute »analytischen Marxisten« und kritischen Analytikern als ungeheure intellektuelle Fehlkonstruktion und manchmal gar als billige Ideologie gilt, war als Projekt der »objektiven« Begründung von »subjektiver« Emanzipation gedacht. Mit der systematischen Lektüre des »Kapital«, also mit der »Rekonstruktion der Kritik der Politischen Ökonomie«, wurde ein Projekt geboren, dem sich Anfang der 70er Jahre kaum jemand, der sich auch nur annähernd der Linken zugehörig oder verpflichtet fühlte, entziehen konnte. Man werfe nur einen Blick in die Schriften der heutigen Aufklärer, die von Marx nichts mehr wissen wollen, ihm aber noch knapp eineinhalb Jahrzehnte zuvor Referenz zollten – freilich, zum Teil dem »Zeitgeist« folgend und ohne sich der Mühe zu unterziehen, die bluffend verwendeten Kategorien aufzuarbeiten. Als der Bluff nicht mehr notwendig war, haben die kritischen Theoretiker, die hier angesprochen sind, erleichtert Marx sausen und sich in die vertrautere US-amerikanische Soziologie zurückfallen lassen. In der ersten Hälfte der 70er Jahre hätte keiner ohne gewisse Marxsche Grundbegriffe und ohne die zumindest oberflächliche Kenntnisnahme der zum Teil erbitterten Auseinandersetzungen über deren geläufige Interpretationen nicht mitreden können; er wäre schlicht »out« und nicht »in« gewesen. Beispielsweise hätte er ohne einen Diskussionsbeitrag zu den weiterbestehenden »Ware-Geld-Beziehungen« in den »Übergangsgesellschaften« über die Invasion der Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR nichts Vernünftiges aussagen können... Zwanzig Jahre später können wir ja darüber lachen.

Ein gemeinsamer theoretischer Bezugsrahmen, wenn auch keineswegs eine gemeinsame theoretische Grundlage und eine immer weiter divergierende politische Praxis stimulierten die intellektuelle Auseinandersetzung in einem Maße, wie es seitdem in der BRD kaum noch möglich scheint. Die kleinkrämerischen philologischen Zänkeereien um die richtige Marxinterpretation ebenso wie die Auseinandersetzungen um die richtige »proletarische Linie« waren allerdings abschüssige Bahnen, auf denen es unweigerlich und sehr schnell in die den intellektuellen und politischen Horizont verengenden Niederungen der Sektiererei gehen konnte. Sekten bieten kein komfortables Ambiente für Menschen mit intellektuellen Ansprüchen. Kaum verwunderlich darum, daß sich die Parteaufbau- und -initiativorganisationen im Verlauf der 70er Jahre allesamt auflösten. Doch in manchen Fällen fiel der geradezu panischen Entsorgungsaktion mehr zum Opfer als die bloße Sektiererei. Um die wäre es gewiß nicht schade gewesen. Viele der gebrannten Kinder scheuten aber in der Zukunft das Feuer politisch engagierter und widerborstiger intellektueller Entwürfe oder igelten sich in Diskursen ein, die um sich selbst kreisen bzw. – und dies ist davon die Kehrseite – die in geradezu angeekelter Abwendung von der alten Orthodoxie einer kriterienlosen, in jede Richtung permissiven Heterodoxie das Wort reden. Ein strahlender Trümmerhaufen von Ideen, Aspirationen, Hoffnungen, Utopien blieb zurück, der durch den kalten Beton der Enttäuschungen eingedämmt wird.

Das enttäuschende Scheitern radikaler politischer Projekte konnte resignativ und indem man sich mit den Verhältnissen arrangiert verarbeitet werden; G. Ziebur zeigt (in dieser Ausgabe der PROKLA) am Beispiel französischer Intellektueller, wie das Curriculum Vitae vom radikalen Maoisten zum dezidiert antikommunistischen »nouveau philosophe« oder vom Guerrillero in der Dritten Welt zur rechten Hand des Präsidenten einer imperialistischen Macht verlaufen kann. Der andere Weg allerdings wurde auch verfolgt, gnadenlos bis in den eigenen und der anderen Tod. Die sozialen Verhältnisse sollten ungeduldig mit der Waffe in der Hand zur revolutionären Änderung gezwungen werden, wenn denn die Waffe der Kritik zu wenig und zu langwierig bewegte und das Lied, das man spielte, die Verhältnisse eben nicht oder nicht so wie man es gern gehabt hätte, zum Tanzen brachte. Das Abgleiten in den terroristischen Untergrund steigerte nicht allein die Hilflosigkeit der Linken; es wurden dadurch gerade die Normen verletzt und die Moral korrumpiert, die der Emanzipationsbewegung nicht erst seit 1968 ihre Stärke, ihre Selbstgewißheit, ihre Glaubwürdigkeit gaben. Auf einer eher taktischen, weniger grundsätzlichen Ebene der Kritik kann man retrospektiv feststellen, daß die Aktionen der RAF in der ersten Hälfte der 70er Jahre die Legitimation erzeugten, deren sich die staatlichen Organe bedienen konnten, um mit den Anti-Terrorismus-Gesetzen demokratische Rechte teilweise außer Kraft zu setzen, insgesamt also das herrschende System zu stärken.

Das Trauma des »deutschen Herbstes« von 1977 hatte eine seltsame Tiefenwirkung; auf der einen Seite hat es eine timide intellektuelle Überreaktion der Überanpassung an die im deutschen Herbst neu definierten konsensualen Normen der Gesellschaft zur Folge (man erinnere sich der Reaktion mancher Linksintellektueller auf den Buback-Nachruf der Göttinger Mescalero; vgl. die Auseinandersetzung in: Nicht heimlich und nicht kühl, Berlin 1977), auf der anderen Seite jedoch eine kollektive Anstrengung, den Neuanfang zu wagen, nachdem offensichtlich geworden war, daß die verfallenden Formen des Projekts von 1968 (dessen »Zersetzungsprodukte« würde Bernd Rabehl sagen) nicht mehr zusammengestückt werden können. Und etwas Neues entsteht seit 1978 tatsächlich: die TAZ wird gegründet, die GRÜNEN und Alternativen formieren sich auf einer »Basis« neuer sozialer Bewegungen, der mehr als zehn Jahre abgebrochene Dialog zwischen »außerparlamentarischer Linker« und parlamentarischen Sozialdemokraten wird wieder aufgenommen. Es war ein politisches Ereignis, als der sozialdemokratische Kultussenator Berlins Peter Glotz vor zehn Jahren im Januar 1978 während des TUNIX-Kongresses in der Technischen Universität Berlins auftrat.

Die »zweite Gesellschaft«, von der in Italien geredet wird (vgl. die Schrift von Asor-Rosa 1978), wird auch in der BRD zum Thema. Teilweise ist ihr Entstehen trotz vordergründigem Scheitern der 68er Bewegung darauf zurückzuführen, daß sich seit geraumer Zeit die »erste Gesellschaft« in einer nach dem zweiten Weltkrieg historisch erstmaligen tiefen Krise befindet, und zwar weltweit: Ölpreisschock und Massenarbeitslosigkeit, die Niederlage der USA im Mai 1975 in Vietnam, Nixons Wa-



tergate und die Auflösung der ökonomischen Nachkriegsordnung mit dem Zusammenbruch des Bretton Woods Systems sind Ereignisse, die Alternativen der »zweiten Gesellschaft« durchaus begünstigen, vom »Wertewandel« angefangen bis zur Praxis der alternativen Ökonomie vieler kleiner Projekte, die sich in den Nischen von Arbeits- und Gütermarkt ansiedeln und zur ökonomischen Grundlage einer »zweiten (Sub)kultur« werden.

#### IV. 1978-1988

Die Rationalisierung des Scheiterns ist eine Verarbeitungsform, mit der der breite Fluß der 68er-Intellektuellen sich in mehrere Strömungen teilt. Dies sind keine politischen Strömungen im Rahmen eines gemeinsamen politischen Projekts wie die Strömungen von rechts bis links in politischen Parteien, sondern Attitüden und Verhaltensweisen in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung, Weltansichten von dem, was Fortschritt zu nennen wäre, Definitionsversuche des »Projekts der Moderne« am Ausgang des 20. Jahrhunderts. Wir können eine Typologie wagen und drei Verarbeitungsweisen festhalten, die erstens die »skeptischen Aufklärer«, zweitens die »selbstentmächtigten 68er« und drittens die »ökolibertären Normalitätsapologeten« hervorgebracht haben. Diese Typen sind natürlich polemisch überzeichnet, um in der Karikatur charakteristische Wesenszüge hervorzuheben, und natürlich wird kein Anspruch auf Vollständigkeit der Typologie erhoben.

(1) Angesichts der vielen Sackgassen, in die die traditionelle Arbeiterbewegung geraten war und in Wahrnehmung der Schwierigkeiten, wenn schon nicht den reformistischen Königsweg, so doch einen passablen Ausweg zu finden, und nahmen viele Alt-68er zunächst einmal »Abschied vom Proletariat«. Das wehmütige, aber gleichzeitig erleichterte »Adieu« galt auch dem doktrinär und ausschließlich einer Sache oder einer Idee und ihrer Ideologie verpflichteten »organischen Intellektuellen« im Sinne Gramscis, der seine Fähigkeiten in den Dienst einer (Partei)Organisation stellen muß, um seine (gesamt)gesellschaftliche Aufgabe zu erfüllen. Dem Abschied vom organischen (sozialistischen) Intellektuellen folgte dann die selbstbescheidene Rückbesinnung auf das republikanische Erbe des »kritischen Intellektuellen«. Sein Geschäft ist das der »Kritik sans phrase«. Er rechnet mit der fortschreitenden Anerkennung universalistischer Werte und mit der Verallgemeinerung des Prinzips wissenschaftlichen Argumentierens; er verläßt sich auf einen »halbwegs funktionierenden Rechtsstaat« und auf eine »resonanzfähige Öffentlichkeit«, die mißtrauisch das Gebahren des Leviathan Staat mitsamt seinen Parteien im Lande und internationalen Institutionen jenseits der Grenzen verfolgt und ihn in seine Schranken verweist, sobald seine Interventionen Selbstbestimmungsansprüche des »mündigen« Bürgers verletzen. Der kritische Intellektuelle vertraut darauf, daß die Moderne aus sich selbst heraus die Mittel hervorbringt, die eine Selbstkorrektur ihrer Widersprüche möglich macht. Als skeptischer Aufklärer verteidigt er zuallererst die legitimen An-

sprüche des argumentationsfähigen Subjekts/Individuums gegen seine Degradierung durch Sachzwänge jeglicher Art – im Vertrauen auf die demokratisierenden Wirkungen von kulturellen Formen des Zeitgeistes.

Sein Medium ist die *theoretische* Kritik der Macht; in die Niederungen der – eher banalen – politischen Praxis wagt er sich nur ausnahmsweise. Zwar hält er zumeist am gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch von Politik fest, doch überläßt er anderen – in der Regel weniger aufgeklärten Geistern und Mächten – die Realanalyse der schlechten gesellschaftlichen Verhältnisse und erst recht das immer beschränkte Geschäft der programmatischen Gegenentwürfe und ihrer praktischen Umsetzung. Weil er skeptisch ist angesichts des aktuellen Zustandes der Aufklärung und doch an dem letztendlichen Sieg der Vernunft nicht zweifeln darf, trifft seine Waffe der Kritik so manchen wunden Punkt am Korpus der intellektuellen und der politischen Gegner – doch tendiert er zugleich zur Unterschätzung von deren praktischer Zähigkeit und ideologischer Wandlungsfähigkeit.

(2) Von diesem zeitgenössischen Intellektuellentypus hebt sich derjenige ab, der dem gegen-aufklärerischen Konterpart eher zuviele als zu geringe Kompetenzen zutraut, seine eigenen Kräfte ganz auf eine (selbstkritische) Abrechnung mit den Versäumnissen der 68er Generation konzentriert – und dadurch dem neokonservativen mainstream fatalistisch das politische Feld überläßt. Die Rede ist hier von einer Gruppe post-68er-Linker, die durch die neuen sozialen Bewegungen auf »Lücken« gestoßen wurden, die sie in den 70er Jahren »unbesetzt« gelassen hatten: die Menschenrechts-, die Sozialstaats-, die Geschlechterbeziehungs- und vor allem die Kultur-»Lücken«, die in der letzten Zeit so überaus erfolgreich mit Begriffen und konkreter Politik von rechts besetzt werden. Ihre Bewunderung gilt eher Heiner Geißler, Rita Süsmuth, Lothar Späth und ihre arrogant eingefärbte Verachtung der Traditionlinken in Gewerkschaften und SPD, die Grünen sind dabei durchaus nicht ausgenommen. Notwendige Selbstkritik verharrt hier bei der resignierten, manches Mal auch zynischen (An)Klage: »Die neokonservative Wende hat sich die Linke selbst zuzuschreiben!«. Letztlich legitimiert sie die Rolle des Intellektuellen als besserwisserischen Zuschauer, der sich – im Gegensatz zu den tumben Akteuren auf der Bühne der alltäglichen politischen Auseinandersetzungen – die Hände nicht (mehr) schmutzig macht, weil er den Ausgang des Stückes zu kennen glaubt.

Dabei nimmt er gerade denjenigen, denen seine Sympathie (und sein Engagement) einstmals gegolten hat, vor allem den schlechten »provinziellen« *Stil* ihrer Einmischung in das Laufwerk der Geschichte übel – wobei Machtlosigkeit und geringe Einflußmöglichkeiten der Linken mit Provinzialismus verwechselt werden und so die eigene Illusion genährt werden kann, als ob ein mondänes und schickes outfit schon ein Zipfel der Macht sein könnte. Dieser Intellektuelle hat sich seiner Kritikfähigkeit selbst entmächtigt – und verfügt darum auch nicht über Kriterien für eine Kritik der Macht: schadenfroh betrachtet er die auf der Stelle tretende SPD, mitleidig von oben herab oder gehässig – je nach eigener Vorgeschichte – belächelt er die Selbstzerfleischungspraktiken der GRÜNEN und heimlich klatscht er den cleveren

CDU-Modernisierern Beifall, die ihr Kapital zu schlagen wissen aus dem vorgebliehen Versagen der zerstrittenen und diffusen »Mehrheit links von der Mitte«. Avantgardismus ist hier reduziert auf eine »ohne-mich-Haltung« gegenüber jeglichen Formen intellektuell und politisch riskanten Engagements. Wem es dabei möglich ist, als professioneller Experte ein auskömmliches Leben zu führen, der kann seine selbstverordnete pragmatische Überwinterungsstrategie sogar nach allen Regeln der ästhetischen Selbststilisierung normativ überhöhen. Als Intellektueller im anfangs definierten Sinne aber dankt ab, wer den neokonservativen Gegen-Aufklärern die politische Bühne überläßt – und ihrer Aufforderung zum Tanz der Vampire in der Vermummung eines ancien régime geschmeichelt Folge leistet.

(3) Die ökolibertären Normalitätsapologeten hingegen suchen sogar das Bündnis mit dem rechten Populismus, wollen mit ihm gemeinsam die »Mitte« besetzen, begeistern sich am »gesunden Menschenverstand« und entdecken die Werte von gestern – allen voran die Selbstheilungskräfte des Marktes gegenüber den »Fehlversuchen« staatlicher Lenkung – als Credo einer post-kapitalistischen Zukunftsgesellschaft. Wahrheitsanspruch, verallgemeinerbare Werte der Aufklärung, die Waffen der Kritik bleiben dabei auf der Strecke. Gewonnen wird dadurch die mehr als zweifelhafte Rolle von intellektuellen Hofnarren des technologisch und ideologisch abgesicherten Durchmarsches der konservativen Modernisierer. Wer die Suche der Zukunftsperspektive dem »genialen Findungsmechanismus des Marktes« überlassen möchte, den kümmert nicht länger der Streit um die Gestaltung des Heute, damit ein humanes Morgen Wirklichkeit werden kann. Wer sich dem Markt anvertraut, braucht die Utopie nicht mehr – und wer die Utopie abschreibt, kann – warum auch nicht – die restliche Kleinarbeit gesellschaftlicher Regulierung dem Primat der Ökonomie, dem Anonymus Markt – auch eine Utopie, aber eine schlechte – andienen und im übrigen dem »gesunden Menschenverstand« mit dem selbstgehässigen Verweis auf die intellektuelle Inkompetenz vertrauen.

Die Werte von gestern werden gemeinsam mit den ehemals bekämpften Konservativen für morgen aufbereitet. Der Charme der konservativen Modernisierer à la Späth und Biedenkopf ist manchem Ökolibertären immer noch einläufiger als die letzten Reste sozialdemokratischer Rationalitätsversuche. Fortschritt wird nur noch hinten ausgemacht, ein vorausgedachter Gestaltungsanspruch der ganzen Gesellschaft ist den Ökolibertären eher suspekt. Ehemalige Sponti- oder K-Gruppen-Kämpfen, die ja eine andere Gesellschaft intellektuell antizipierten, für die sie, ungehobelt wie sie waren, mit Holzhammermethoden eintraten, werden, nachdem sie dem Entwurf einer anderen Gesellschaft abgeschworen haben, zu hohlköpfigen Propagandisten der Freiheiten und der Effizienz des Marktes. Je mehr sie auf den Topf einschlagen, desto mehr garstigen Lärm erzeugen sie. Wenn sie wenigstens wüßten, daß sie nichts mehr sicher wissen können und keinem der gesellschaftlichen Probleme in der Krise gerecht werden.

## V. 1988

Intellektuelle sind in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung irgendwie für den »Sinn« des Ganzen zuständig. Doch ist mit dem Bedeutungszuwachs geistiger Arbeit im Vergleich zur körperlichen Arbeit, bzw. mit der – wie Alfred Sohn-Rethel (1970) herausarbeitete – Dimensionierung beider nach der gleichen Logik von technischer Prozeßrationalisierung, Intellektualität keineswegs etwas mit Besonderheit Geweihtes. Intellektuelle Arbeit und deren soziale Funktion ist eher profan und damit schon längst zum Gegenstand soziologischer Klassen- und Schichtenanalysen kleingearbeitet und danach vielfältig gedeutet worden.

(1) Wenden wir uns also der »Arbeitsplatz-« und Funktionsbeschreibung von Intellektuellen zu. Neue Technologien haben nicht nur die Arbeit – Inhalt, Form und Organisation – grundlegend verändert, sondern auch die gesellschaftliche Arbeitsteilung, in der Intellektuelle ihre kulturelle Funktion bestimmen müssen. Immer resultierte intellektuelle Arbeit in Informationen, die zu Papier gebracht in Büchern und anderen Schriften, in Vorträgen, auf Bildern und musikalisch, später in Rundfunksendungen, Fernsehauftritten, Filmen usw. unter die Leute gebracht werden mußten. Lange Zeit waren die intellektuellen Produkte wie andere Waren auch zu vermarkten; Bücher mußten gekauft werden, und von der Nutzung ihres Gebrauchswertes waren die Nicht-Käufer weitgehend ausgeschlossen, sofern das Produkt nicht verliehen worden ist - von den öffentlichen Bibliotheken an dieser Stelle einmal abgesehen. Dann aber mußte der ursprüngliche Käufer vorübergehend auf die Lektüre verzichten. Heute ist dies grundsätzlich anders. Das Kunstwerk ist reproduzierbar geworden und Bücher oder Zeitschriftenaufsätze lassen sich für wenig Geld kopieren, wenn sie nicht gleich auf elektronischen Medien sowieso generell verfügbar sind. Das »exclusion-principle«, das allein das Produkt zur Ware (zum privat appropriierbaren Gut) macht, funktioniert nicht mehr. Statt dessen sind wir mit dem Paradox konfrontiert: daß ich die Information als Ware nicht mehr zu kaufen brauche, wenn ich über die Ware alle Informationen besitze. Beim Auto oder beim Kühlschrank ist das noch ganz anders; je mehr Informationen ich darüber besitze, desto dringender kann der Kaufwunsch werden; die Informationen über das Auto bringen mich schließlich nicht von Hugel nach Harpfig.

Die Speicherbarkeit und Multiplizierbarkeit von Informationen ist fast unendlich groß. Ohne daß Raum und Zeit noch wirksame Hindernisse darstellen und daher in einem klar zu umschreibenden kulturellen Sinn identifizierend wirken, können Informationen nahezu unbegrenzt verfügbar gemacht werden. Das Produkt intellektueller Arbeit wird daher mehr und mehr zum ausschließlich öffentlichen Gut, das sich kaum noch als privat anzueignende Ware vermarkten läßt.

(2) Die Folgen der neuen Technologien für Intellektuelle lassen sich freilich nur ganz abschätzen, wenn die gesellschaftliche Arbeitsteilung charakterisiert wird. Diese ist nicht schon mit einer Funktionsbestimmung der Teilaufgaben in bezug auf das Ganze beschrieben, sondern erst als eine Art »politischer Maschine«, der

eine Richtung gegeben wird, die von Intellektuellen nicht oder nur selten bestimmt, wohl aber beobachtet, hinterfragt, kritisiert, bekämpft – oder begründet, gerechtfertigt, verteidigt werden kann.

In der BRD ist seit 1983 ein langwieriges Wendemanöver im Gange. Die Auswirkungen auf das intellektuelle Leben sind nicht gering, selbst wenn in Rechnung gestellt wird, daß die »Wende« in vieler Hinsicht an den eingebauten »Trägheitsmomenten« der Gesellschaft Grenzen findet. Auf der einen Seite, und dies ist durchaus kein Skandal, versuchen die Lenker der politischen Maschine die Denker ihrer Fassung zu rekrutieren und mit dergestalt komfortabel ausgestatteten Arbeitsplätzen zu versehen, daß die Produkte der Arbeit für sie brauchbar werden. So kommt es, daß sich der rechte, selbstgerechte, daher auch mit sich selbst genügsame Geist allenthalben inszenieren kann: In Akademien, Wissenschaftszentren, Wissenschaftskollegien, in neuen Zeitschriften oder in alten, die sich ihm permissiv öffnen. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik, wenn man von der bildungsreformerischen Expansion der 60er Jahre absieht, hat es eine solche Gründerwelle von wissenschaftlichen Einrichtungen, kulturellen Foren etc. wie in der zweiten Hälfte der 80er Jahre gegeben.

Doch hinzu kommt noch etwas anderes. Weil intellektuelle Produkte public goods (oder bads) sind, versuchen alle, irgendwie am Gründerboom der Arbeitsstätten für Intellektuelle teilzuhaben. Schließlich ist dies eine der raren Möglichkeiten der Finanzierung ihrer Arbeit. Dieser Zusammenhang von technologischer Revolution und politischer Vereinnahmung hat aber etwas durchaus Korrumpierendes. Wer sich – wie die Herrschenden zum Beispiel durch das Sprachrohr Bundeskanzler nicht müde werden zu verkünden – selbst genüge ist, bedarf keiner Kritik mehr, die die Verhältnisse infrage stellt. Bestenfalls die spielerische Kritik und die Perfektionierung ihrer ästhetischen Formen, der Kult des gesellschaftlich Unverbindlichen sind gefragt, die Herstellung von »Akzeptanz« in einer Bevölkerung, der man doch nicht ganz zutraut, daß sie das Wendemanöver leicht handhabbar mitmacht. Für die Mitwirkenden sind dies, durchaus im materiellen Sinne, Subsistenzstrategien von Intellektuellen in gewendeten Zeiten. Für kleine Gedanken ist der Markt eben groß. In trister Form zeigt sich dies in der Drittmittelforschung, beim Wettlauf und Gerangel um die Mittel der Forschungsförderung. »Denn sie erfahren sich gegenseitig durchweg in der beschämendsten Situation von allen, der von konkurrierenden Bittstellern, und kehren sich damit fast zwanghaft untereinander die abscheulichsten Seiten zu« (Adorno 1985, S. 25). Gramscis Unterscheidung zwischen »traditionellen« und »organischen« Intellektuellen in Rechnung gestellt, ist Intellektualität heute immer weniger »organisch« bezogen auf ein hegemoniales Projekt der sozialen Bewegungen. Eher traditionell verstehen sich heute auch ehemals linke Intellektuelle als Mitwirkende in der bestehenden Arbeits- und Herrschaftsteilung.

Ein Gebrauchswert von Produkten intellektueller Arbeit (von Sozialwissenschaftlern; über Intellektuelle in anderen Sparten ist hier nicht zu befinden) besteht auf der einen Seite in der Antizipation möglicher Ereignisse und der Angabe von Strategien,

wie auf diese Ereignisse – bestimmte definierte Interessen vorausgesetzt – reagiert werden sollte. Wissenschaftliche Beratung heißt das Geschäft in vornehmlich konservativen »Denkfabriken«, deren Bilanzanalyse von Claus Leggewie (1987) jüngst vorgelegt wurde. Auch wenn das Geschäft expandiert – unter dem Strich kommen deprimierende rote Zahlen heraus. Das Unternehmen liefert aber auch noch ein anderes Produkt: als »Akzeptanzwissenschaft« ist es ausgemalt. Was in den Niederungen von Kultur das »Neue Blatt« oder »Quick« an den Kiosken oder »RTL-Plus« im westeuropäischen Äther bewirken, das sollen Intellektuelle in den Institutionen der Wissenschaft auf anspruchsvollerem Niveau erzeugen: Reflektiertes Einverständnis mit der Statik dieser Gesellschaft, die Ornamentik des Gebäudes als Spielmaterial durchaus zu ihrer freien Verfügung. Gelingt die Kreation der Akzeptanz, dann freilich kann sich Intellektualität in ihr Gegenteil, die Kritik in »eitel Wohlbefinden« auflösen. Die Füllung der Leere mit Geist ist das Gegenteil der geistigen Durchdringung der Leere. Wissenschaftliche Beratung durch Intellektuelle und »Ideologieproduktion« für die Objekte der Politik, das Volk also? Ist dies die neue Arbeitsplatzbeschreibung Intellektueller?

## VI. 2000

Kritik und Krise haben nicht nur etymologisch etwas miteinander zu tun – wie bei Koselleck (1976) nachzulesen ist. Die Krise wird durch die nörgelnde Kritik erst herbeigeredet, sagen die Konservativen. In der gesellschaftlichen Krise muß die Kritik praktisch werden, sagen die Progressiven. Doch in der gegenwärtigen Krise am Ende des 20. Jahrhunderts scheint die praktische Wendung der Kritik nicht so recht zu klappen – jedenfalls nicht in diesen Ländern. Von manchen, durchaus nicht nur von den ewig optimistisch strahlenden Gesundbetern, wird in Frage gestellt, daß es sich derzeit überhaupt um eine »Krise« handeln könnte. Die Umbauten am System befördern ja eher die Sozial- und Systemintegration, als daß sie sie gefährden – und Intellektuelle sind dabei, gerade zur Erhaltung der letzteren das Beste, das sie zu geben haben, beizutragen: die Produkte ihrer geistigen Arbeit.

Dennoch hat der Begriff der Krise einen präzisen Sinn. Er umschreibt zunächst den Zeitraum eines strukturellen Bruchs mit Formen von Arbeit und Leben, mit Politikformen und dem Modell von ökonomischer Akkumulation und gesellschaftlicher Regulation und zugleich die Prozesse der konfliktreichen Herausbildung von neuen Formen der Vergesellschaftung. Nur mit schlechten Gründen ist zu bestreiten, daß wir uns heute in einer eben solchen Umbruchsituation befinden – woraus auch die Unsicherheiten der Interpretation, des Verstehens, der Entwicklung von individuellen und gesellschaftlichen Perspektiven resultieren mögen. Offensichtlich ist, daß die Krise nicht durch den Geist herbeigeredet, sondern in Ökonomie und Politik entstanden und dann durch das geistlose Geld globalisiert worden ist. Tatsächlich ist es schwierig, die Richtung anzugeben, in die die Restrukturierungsprozesse der globa-

len Krise in Ökonomie, Gesellschaft, Politik, Kultur verlaufen. Und noch schwieriger ist es, die Haken und Ösen anzugeben, wo sinnvoll eine theoretische Debatte und praktische Versuche der Linken beginnen, anknüpfen könnte. Es gibt offensichtlich gewichtige Konstitutionsprobleme eines neuen Diskurses, in dessen Verlauf den Problemen der globalen Krise angemessen Rechnung getragen werden könnte.

In dieser Lage werden die einstmaligen Aufgabenbestimmungen von Intellektuellen zuerst ihrer Emphase entkleidet und dann von vielen resignativ zurückgezogen und undefiniert. Die Frage, wie das »Projekt der Aufklärung« weitergedacht und praktisch weitergebracht werden kann, wird zurückgezogen, weil die erwartbaren Antworten so frustrierend sein können. Doch eine Rechtfertigung für diese Art der Resignation gibt es nicht. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang daran, daß Karl Marx »Das Kapital« als »furchtbarstes Missile« definierte, »das dem Bürger je an den Kopf geworfen« sei. Und wieviele andere haben die Produkte ihrer intellektuellen Anstrengung ähnlich funktional (für den Klassenkampf, für neue soziale Bewegungen, oder – wie die »arbeitnehmerorientierte BWL« – für die Gewerkschaften etc.) definiert, handele es sich um sozialwissenschaftliche Werke, die Konstruktion philosophischer Systeme, literarische Sozialkritik und revolutionäre Filme oder auch um wissenschaftliche Zeitschriften mit politischem Anspruch.

An dieser Stelle müssen wir von der PROKLA, von uns also, sprechen. Das Etikett heißt ja unabgekürzt »Probleme des Klassenkampfes – Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik« –, womit das ursprüngliche Programm dieser Zeitschrift, als sie am Anfang der 70er Jahre gegründet wurde, wünschenswert klar ausgedrückt worden ist. Wahrscheinlich würde es niemand abwegig finden, wenn diejenigen, die die PROKLA machen oder lesen, sich als Intellektuelle, und daher innerhalb des hier angedeuteten Kontextes definieren, selbst wenn es aus gutem Grunde kein Berufsbild des (der) »Intellektuellen« gibt und daher wohl mit Arbeit, nicht aber unbedingt mit intellektueller Arbeit Geld zu verdienen ist. Im Falle der PROKLA ist dies offensichtlich; damit das Intellektuellenprodukt PROKLA überhaupt gemacht werden kann, müssen dessen Macher »haupt«beruflich etwas anderes tun: im Bildungs- und Wissenschaftssystem arbeiten.

Auch das Intellektuellenprodukt PROKLA ist eine Ware, und daher gilt dafür all das, was oben ausgeführt wurde: es ist kopierbar, reproduzierbar, also ohne Geld für die Ware hergeben zu müssen, erwerbbar. Die PROKLA ist ein öffentliches Gut und daher wird sie quasi öffentlich finanziert. Natürlich teilt die PROKLA diesen Sachverhalt, der als permanente Finanz- und Existenzkrise erfahrbar ist, mit den meisten anderen Zeitschriften ähnlichen Kalibers. Die Form allerdings, in der die quasi-öffentliche Finanzierung organisiert wird, ist spezifisch: die technischen Produktionskosten werden durch den Verkauf der Auflage (Abonnements und Buchläden) vom Verlag abgedeckt, die redaktionelle Arbeit hingegen kann nur durch Beiträge der Mitglieder der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie« (der Verein, der die PROKLA herausgibt) finanziert werden. Die schmale finanzielle

Decke reicht aber nur, weil Redaktion und Autoren unentgeltliche Arbeit leisten. Diese Form öffentlicher Finanzierung eines Produkts, das nur unvollkommen in Ware verwandelt werden kann, ist natürlich unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten prekär. Sie kann nur halten, solange die Zeitschrift als ein Beitrag zu einem politischen Projekt verstanden wird, dessen Realisierung als wichtig eingeschätzt wird.

Der ursprüngliche Name der Zeitschrift war ein Programm, und das politische Projekt somit eindeutig umschrieben: Probleme des Klassenkampfes waren analysierend aufzuarbeiten, um so den den Intellektuellen (selbst) abverlangten Beitrag zur Entwicklung des Klassenkampfes zu leisten. Heute ist die PROKLA »nur noch« Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik, also gewissermaßen weniger eindeutig, jedenfalls abgeklärter, auch aufgeklärter. Dies hat natürlich damit zu tun, daß gegen Ende des 20. Jahrhunderts in dem strukturellen Umbruch der Weltgesellschaft, dessen Zeugen wir sind, weniger eindeutig, auch weniger einfach die Antwort auf die simplen Fragen zu geben ist: Was sind heute Klassen? Was sind heute Formen und Inhalte von Kampf? Zumal wenn in Rechnung gestellt wird – und wie oft ist dies Gegenstand von Analysen in der 17jährigen Geschichte der PROKLA beginnend mit dem ersten Heft gewesen –, daß Klassen und ihre Kämpfe anders als noch vor wenigen Jahrzehnten gar nicht mehr national, sondern nur noch global begriffen werden können, ist das Unterfangen »Probleme des Klassenkampfes« zum Programm zu machen, entweder grandios ausgreifend – oder grandios begrenzt.

In einer historischen Phase, in der die Euphorie militanter Klassenauseinandersetzungen – der heiße Herbst in Italien, der französische Mai, die wilden Streiks in der BRD, die Arbeitermilitanz in Großbritannien, die Kämpfe in Vietnam, die Nelkenrevolution in Portugal – den Zeitgeist besetzt hielt, war der Bezugspunkt Klassenkampf klar auszumachen. Dessen Verankerung ist heute so gelockert, daß kein politisches oder wissenschaftliches Projekt daran angehängt werden könnte. Hinzu kommt aber auch – und deshalb erinnern wir uns 1988 der Jahrestage – eine Ausweitung der Perspektive: Der Aufklärung verpflichtet zu sein und zu bleiben, erfordert auch in Zukunft die Analyse der Probleme des Klassenkampfes, in ihren höchst vermittelten Formen in Ökonomie, Politik, Kultur; in den Fabriken und in den Haushalten; zwischen Arbeit und Kapital und zwischen den Geschlechtern; in nationalen Gesellschaften und auf dem globalen Weltmarkt; in der realen kapitalistischen ebenso wie in der real-sozialistischen Produktionsweise; in den praktischen Auseinandersetzungen und in ihren literarischen Emanationen. Und dies muß durchaus nicht alles sein. Wenn es denn so schwierig geworden ist, die Ziele von Emanzipation, die Bestimmungen von Freiheit, Gleichheit, Solidarität heute zu umschreiben, dann kann eine – auch unbeabsichtigte – Selbstvergewisserung oder Vorab-Selbstfestlegung nur schädlich sein. Das Projekt macht nur Sinn, wenn es auch in Zukunft gelingt, mit kritischen sozialwissenschaftlichen Analysen, aber auch politischen Projekten und vielleicht auch sozialen Utopien innerhalb der poli-



tischen Kultur der BRD (und Westeuropas) einen Beitrag zum Fortschritt der Aufklärung, auch über ihre immanenten Grenzen und Gefährdungen in der bürgerlichen Gesellschaft hinaus, zu leisten.

Wir werden uns jedenfalls darum bemühen.

## Literatur

- Adorno, W.Th. (1985): *Minima Moralia*. Reflexionen aus dem beschädigten Leben, Frankfurt/M.
- Asor-Rosa, A. (1978): Die zwei Gesellschaften, in: *Zwei Kulturen?*, Tunix, Mescalero und die Folgen (Ästhetik & Kommunikation akut N. 2), Berlin, S. 37 ff.
- Bering, D. (1982): *Die Intellektuellen*. Geschichte eines Schimpfwortes, Frankfurt/M./Berlin/Wien
- Bourdieu, P. (1982): *Die feinen Unterschiede*. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt/M.
- Habermas, J. (1987): Heinrich Heine und die Rolle der Intellektuellen in Deutschland, in: Ders., *Eine Art Schadensabwicklung*, Frankfurt/M.
- Koselleck, R. (1976): *Kritik und Krise*. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt, Frankfurt/M.
- Leggewie, C. (1987): *Der Geist steht rechts*. Ausflüge in die Denkfabriken der Wende, Berlin
- Nicht heimlich und nicht kühl*. Entgegnungen an Dienst- und andere Herren, hrsg. von H. Boehncke/D. Richter, Berlin
- Nizan, P. (1969): *Aden. Die Wachhunde*. Zwei Pamphlete, Reinb. b. Hamburg
- Ringer, F.K. (1983): *Die Gelehrten*. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890-1933, Stuttgart
- Schelsky, H. (1975): *Die Arbeit tun die anderen*, Opladen
- Schmid, Th. (1979): Nachwort (Die Linke und ihr Anteil am technokratischen Prozeß) zu: Viale, G., *Die Träume liegen wieder auf der Straße*. Offene Fragen der deutschen und italienischen Linken nach 1968, Berlin
- Sohn-Rethel, A. (1970): *Geistige und körperliche Arbeit. Zur Theorie der gesellschaftlichen Synthesis*, Frankfurt 1979
- Sontheimer, K. (1976): *Das Elend der Intellektuellen*. Linke Theorie in der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg
- Szelényi, I. (1988): *Möglichkeiten und Grenzen des Projekts einer neuen Klasse in Osteuropa*. Überlegungen zu »Die Intellektuellen auf dem Wege zur Klassenmacht«, in: PROKLA 70
- Ziebur, G. (1988): *Über das Chamäleonhafte linker Intellektueller*, in: PROKLA 70